

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 33 (1943)

Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHEAU

Fragen und Antworten

-an- Die Gesuchsteller, welche den Kanton Graubünden um die Konzession für das Hinterrheinwerk angehen, haben mit ihrer Anfrage mehr als nur den einen Problemkomplex angeschnitten, den dieses geplante grösste aller bisherigen Elektrizitätswerke darstellt. Die Stadt Zürich, die Bernischen Kraftwerke, die Stadt Basel, die Nordostschweizerischen und die Rätischen Kraftwerke, die Aare-Tessin-Werke, welche sich an die Stauung des Hinterrheins machen wollen, vertreten Gebiete mit einer Masse von Menschen, denen gegenüber die Bündner Gemeinden «Splügen, Medels und Nufenen» eine verschwindende Minorität darstellen. Das Argument der Städte lautet: Wir brauchen die neue Kraftquelle... wir müssen die Versorgung unseres Landes mit Energie ausbauen, wir müssen uns von der fremden Kohle unabhängig machen und dafür sorgen, dass schliesslich durchwegs elektrisch geheizt, gekocht und beleuchtet und dass alle Fabriken mit Elektrizität arbeiten, alle Bahnen elektrisch fahren können. Wobei wir natürlich nicht «gegen die Kohle» sind und nicht gegen die Gaswerke und ihre enorm wichtigen Haupt- und Nebenprodukte. Aber womöglich sollten wir den Rest der benötigten Kohle mit schweizerischem Strom bezahlen können. Mit der so gewonnenen Unabhängigkeit in der Energieversorgung haben wir eines der Mittel gewonnen, um unsere Industrien sicherer zu basieren. Abgesehen davon, dass schon der Bau des grossen Werkes Arbeit geben wird... und wer weiss, wir werden bald einmal über diese Arbeitsbeschaffung froh sein! Die Hinterrhinalbewohner und ihre Freunde argumentieren anders: Soll die Kraftquelle des Volkstums, die Scholle, auf der wir wohnen, ersäuft werden? Haltet ihr die elektrische Energie oder die Lebenskraft unserer Gemeinden für wichtiger?

Was wird die Bündner Regierung antworten? Wird sie anerkennen, dass die auszusiedelnden Splügener und die andern, die ebenfalls weichen müssen, befriedigend entschädigt, dass der «Spross des Volkstums» gar in einen noch bessern als den bisherigen Boden versetzt würde?

Wir halten diese Frage und die darauf erwartete Antwort für viel wichtiger als etwa jene, die der schweizerischen sozialdemokratischen Partei von den Nicolisten und Kommunisten gestellt wurde, nämlich, ob sie sich für die Aufhebung des Verbotes beider Organisationen einsetzen wolle. Die SPS hat abgelehnt, hat ihre eigenen Leute, die für Nicole entschieden einstanden, ebenso entschieden desavuiert, hat aber zugleich Gerechtigkeit nach links und rechts gefordert und dargetan, dass auch die «Eidgenössische Sammlung» und die «Front» zu verschwinden hätten. Der Entscheid ist zweifellos gesund, gradlinig und konsequent, aber er wird nie von der Schwere desjenigen sein, den die Bündner Regierung zu fällen hat. Heute verbotene Parteien können in wiederum normalen Zeiten wieder erlaubt werden, die ersäufte Talschaft wird ersäuft bleiben. Umgekehrt kann man sagen, dass die zum Prinzip erhobene Verhinderung einer wirtschaftlichen Entwicklung zum Ausgangspunkt einer schweren Stagnation werden könnte...

Vor der Stabilisierung der Ostfront

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht die Ostfront im Zeichen zunehmender Stabilisierung, und der Prozess dieser «Stillegung» aller durchschlagenden Angriffe wird dann beendet sein, wenn einerseits der deutsche Rückzug aus der Schleife von Wjasma-Rschew, der sich schon sei-

nem Endstadium nähert, durchgeführt sein wird, und wenn anderseits die Russen den deutschen Angriff nordwestlich von Charkow aufzuhalten vermögen. Die Häufung von schwerer Artillerie am mittleren Donez und das Ausharren einer Anzahl Bestände im Brückenkopf von Barwenkowa erzwang schon einen Stillstand der deutschen Gegenoffensive am Südflügel. Nördlich davon sind die Bewegungen nach der Zurückeroberung von Charkow noch flüssig geblieben, und die Namen Graivoron, Achtyrka, Borissowska bezeugen eine Zurückdrängung Golikows bis ins Vorfeld von Bjelgorod. Anderseits hat die Ueberflügelung von Wjasma südwestlich und nordwestlich die deutsche Leitung veranlasst, die «verzögernde Verteidigung» geringern Beständen, die geopfert werden, anzuvertrauen und sich hinter das oberste Dnjeprstück zurückzuziehen. Hier wird nach dem Fall von Wjasma weitergekämpft, und die Flankenstöße der Russen von Bjelji und Nikitinka her werden ein Zurückweichen der Verteidigung bis in die Nähe von Smolensk bedingen. Wie weit, das hängt von der Stärke der deutschen Armeen einerseits, anderseits vom Druck weiter westlich stehender russischer Abteilungen ab. Wenn das OKW auch Welisch aufgeben müsste, würde Smolensk in strategisch wenig günstige Lage kommen, und es könnte vor allem nicht die Rede von einer klassischen Offensiv-Ausgangsstellung in dieser Gegend sein.

Weiter im Süden entstehen umgekehrt für die russischen Keile westwärts von Kursk fragwürdige Aussichten, sobald die Deutschen Smolensk und Briansk halten und zugleich den Vorstoß aus dem Süden bis nahe an Bjelgorod heranzutragen vermögen. Statt dass die Russen zur weiten Umfassung Orels schreiten können, werden sie selbst «flankiert». Das gilt für alle im Dreieck Obojan-Sjewsk-Lgow stehenden Divisionen, ebenso wie für den zweiten, heute schon exponierten Keil bei Sumy. Bis zur

deutschen Sommeroffensive,

mit welcher die Achse nach dem «Wunder am Donez» nun wieder als sicher rechnet, würde man sich die stabilisierten Linien der Gegner zwischen Leningrad und Taganrog durch folgende Städte markiert denken müssen: Taganrog im äussersten Süden, Woroschilowgrad, von dem Donez entlang bis Smijew, dann über Bjelgorod bis westlich Kursk, von hier aus nordöstlich der Städte Orel, Briansk und Smolensk, südlich von Welikije Luki, dem Lowat, dem Ilmensee und dem Wolchow entlang bis hart an die einzige Bahnlinie, welche Leningrad mit der Außenwelt verbindet. Die Ukraine, welche die für Mitteleuropa so wichtige erste grössere Ernte liefern soll, bliebe zur Hauptsache hinter den deutschen Linien, wäre also gerettet.

Wir sagen: «Wenn nicht alle Anzeichen trügen», gehen wir einer Stabilisierung auf der genannten Linie entgegen. Die Kräfte zur Verteidigung reichen auf beiden Seiten aus..., für eine Offensive grossen Stils scheinen sie nicht mehr in dem Umfang vorhanden zu sein, wie letztes Frühjahr auf deutscher Seite oder im Herbst auf russischer Seite. Grossoffensiven verschlingen ungeheure Mengen an Material und sind auch für den Sieger verlustreich bis zur Desorganisierung, von den Menscheneinsätzen zu schweigen. Keiner der beiden Gegner dürfte nach den gigantischen Kämpfen der letzten Wochen zu einer entscheidenden «Schwerpunktbildung» ausholen können, selbst wenn sich noch lokale Schlachten und Geländege-

winne auf der einen wie auf der andern Seite verwirklichen sollten.

Die andere Frage, ob nach der Schlammperiode, die erst noch kommen wird, auf der deutschen oder aber auf der russischen Seite wieder ein Uebergewicht an neu eingesetzten Armeen bestehen werde, ist heute nicht zu beantworten. Das eine lässt sich wohl sagen: Die Antwort kann für den Fall der Offensive nicht gleich lauten, wie für den Fall der Defensive. Die Strategen mögen rätseln, ob die deutschen oder die russischen Armeen neuerdings das Gesetz des Handelns an sich reissen könnten.

Immer deutlicher wird dabei sichtbar, dass der Fortgang der Operationen im Osten ein ganz anderes Gesicht annehmen und dass beiden Gegnern völlig verschiedene Perspektiven eröffnet werden, falls die angelsächsischen Alliierten ihre

« zweite Front »

verwirklichen. Verschiedene Ereignisse, teilweise schrecklicher Art, wurden als Vorzeichen einer nahe bevorstehenden Invasion des Kontinents bezeichnet, ohne dass jemand beweisen könnte, dass sie es auch in Wirklichkeit seien. Wir denken an die fast ununterbrochene *Luftoffensive der RAF und der amerikanischen Bomberflotte gegen deutsche Städte und wichtige französische Verkehrsknotenpunkte* oder *Häfen*. Berlin hat einen neuen Besuch der feindlichen Bomber erlebt, und die Zahl der Opfer beweist, dass die Technik der Verheerung grosser Siedlungen seit London und Coventry furchtbare Fortschritte gemacht haben muss. Nach Berlin folgte *München*, nach München andere Städte, vor allem *Essen*, dessen Industrieanlagen nach britischen Berichten so schwer geschädigt wurden, dass vom Zentrum der Stadt nicht mehr viel übrig geblieben sei. In Frankreich geht die Serie der Operationen weiter, bei Tag und bei Nacht. Deutlich wird erkennbar, dass die Angelsachsen zwei Ziele verfolgen: Einmal die Zerstörung der Unterseebootbasen und der industriellen Grossanlagen, zum andern die Zerrüttung des Verkehrsnetzes, vor allem in Frankreich, das immer noch als das von einer Invasion als erstes bedrohte Land gilt, mag nun in Tunis oder sonstwo geschehen was da wolle.

Die Frage, ob die tödliche Verwundung der deutschen Kriegsproduktion jemals erreicht werden könnte, wird verschieden beantwortet. Man traut der Organisationskraft der Technik und der Wirtschaftsplaner zu, dass sie die lebenswichtigen Industriezweige nach dem Osten des Reiches verpflanzt haben könnten, dass also die Engländer, wenn sie Essen heimsuchen, längst nicht mehr die ausschlaggebenden Ziele treffen. Praktiker sagen uns allerdings, dass es nicht so ohne weiteres möglich sei, ganze Industriezentren zu «demontieren». Es müssten längst vorher Massnahmen vorbereitet gewesen sein, wie sie die Russen in der Ukraine trafen. Wie gesagt, es kann niemand wissen, ob diese Zerstörungen der RAF die deutsche «Leyée en masse» illusorisch machen werden.

Leichter zu beurteilen wird sein, ob die Zerstörungen auf den französischen Schienenwegen erheblichen Umfang annehmen. Dies besonders auch, weil hier Engländer und Amerikaner mit einer de Gaulleschen Partisanenbewegung zusammenarbeiten. Diese seit langem organisierte Bewegung ist ihrem Umfange nach nicht bekannt, scheint aber von ihrem Chef regelrechte Befehle zu empfangen und seit etwa einem Monat Attentate auf deutsche Soldaten und Offiziere und gegen Eisenbahnen durchzuführen. Nach den Verlautbarungen des «Nationalkomitees kämpfender Franzosen» wurden im letzten Monat über 300 Anschläge ausgeführt. Vorläufig handelt es sich um «Probeübungen», die den Zweck haben, die offene Insurrektion auszulösen, sobald die Alliierten ihren Landungsversuch unternehmen. In der letzten de Gaulleschen Kundgebung wird gesagt,

es werde in nächster Zeit gefährlich sein, in Frankreich zu leben..., aber nicht für die Franzosen, sondern ebenso für die fremden Besatzungen.

Verstärkt wurde die Partisanenbewegung durch flüchtige Rekruten des Arbeitseinsatzes, die sich ihrer Abreise nach Deutschland entziehen und in Wäldern und Bergen verstecken.

Die politischen Differenzen bei den Alliierten

wurden von Leuten, die weiterdenken, als die gewöhnlichen Parteimeinungen es erlauben, in Zusammenhang mit der weiterdauernden Verzögerung entscheidender Aktionen der Alliierten gebracht. So hiess es, die nordafrikanische Offensive könne nicht ausgelöst werden, weil zu viele alliierte Bataillone für die Sicherung Algeriens und Marokkos verwendet werden müssten. «Giraudisten» und Gaullisten ständen sich so misstrauisch, wenn nicht feindselig gegenüber, dass die unmöglichsten Komplikationen erwartet werden könnten. Um jeder Überraschung begegnen zu können, hätten die Amerikaner und Engländer dafür zu sorgen, dass in sämtlichen marokkanischen und algerischen Zentren der Gedanke an Handstreiche und weitere Mordtaten wie diejenige gegen Darlan nicht mehr aufkommen könnte. Nun hat sich endlich *Giraud als «Schwalter» der «dritten Republik»* bekannt, hat die *Judengesetze als aufgehoben erklärt* und den *Anspruch auf Elsass-Lothringen formell erhoben*.

Man wird vielleicht einmal die *Radiorede*, in welcher diese drei Verpflichtungen als Antwort auf einen grossen Fragebogen des Gaulles bekanntgegeben wurden, historisch nennen. Wird sagen, dass die *stürmische republikanische Demonstration in Algier*, die der Rede folgte, den Auftakt zu entscheidenden Ereignissen bildete. Mit seiner Festlegung hat sich Giraud formell von Vichy distanziert und Pétains «Französischen Staat», den Nachfolger der «Dritten Republik», für seinen Machtbereich widerrufen. Diese «Bereinigung in Algier» wird als *Frucht des steigenden britischen Einflusses* gewertet, oder anders gesagt, als «Niederlage der Amerikaner», welche bislang eine derartig entschiedene Schwenkung Girauds verhindert hätten. Der steigende britische Einfluss wiederum wird als Folge des «Sieges von Casserine» angesehen. Diesen Sieg erfocht der britische General *Alexander*. Er machte die amerikanische Niederlage wett und bewies damit sozusagen den moralischen Anspruch der Engländer auf das Oberkommando in Tunesien! Es dürfte wohl nicht alles so einfach sein, wie diese «dichterische Zusammenziehung» es haben will.

Die russisch-angelsächsischen Differenzen,

welchen man ein eigenes Kapitel widmen müsste, sind natürlich viel bedeutsamer als die «innerfranzösischen» mit ihren verschiedenen Hintermannschaften in London und Neuyork. Dass es um die polnischen Grenzen, um Finnland, um das Baltikum, um den Balkan, um die Revolutionsabsichten Stalins geht, weiss man. Wie tief die britische Besorgnis — und die amerikanische — infolge des Stalinschen Schweigens geht, verriet ein Balkandiplomat, der behauptete, die Russen würden eine amerikanisch-britische oder eine türkische Aktion auf dem Balkan gar nicht dulden, weil sie niemanden in «ihre Domäne» hereinlassen möchten. Die *Rede des amerikanischen Botschafters Standley in Moskau* — er klagte die Russen an, dass sie die amerikanischen Lieferungen dem eigenen Volke verschwiegen — und die *programmatische Rede des USA-Vizepräsidenten Wallace* werden als Beginn einer Aussprache zwischen Moskau und Washington betrachtet. Eine vielsagende Einleitung zu dieser Aussprache bildet die Nachricht, die polnische Regierung Sikorski plane die Uebersiedlung nach Washington, weil London Moskau Ostpolen zuerkenne!